

## Streit über Windräder und tote Vögel in Thüringen

Über 100 tote Vögel unter Windkraftanlagen listet eine beim Umweltamt Brandenburg geführte Datenbank nur für Thüringen auf. Regierung und Opposition übertreffen sich einmal mehr mit gegenseitigen Schuldzuweisungen.



Kraniche fliegen an einem Windrad vorbei. Die Deutsche Wildtier Stiftung sieht die Erfolge beim Artenschutz durch Windkraftanlagen bedroht. Archiv-Foto: Ralf Hirschberger/dpa

Erfurt. Über 100 tote Vögel unter Windkraftanlagen listet eine beim Umweltamt Brandenburg geführte Datenbank nur für Thüringen auf. Bei den getöteten Fledermäusen steht Thüringen im Länderranking auf Platz 6.

Der Preis der Energiewende ist also hoch. Doch statt gemeinsam nach Lösungen zu suchen, übertreffen sich in Thüringen Regierung und Opposition einmal mehr in gegenseitigen Schuldzuweisungen.

Anlass ist eine Sitzung des Umweltausschusses im Landtag zur Arbeit der Vogelschutzwarte Seebach. Zur Sprache kam dort auch das „Helgoländer Papier“ der Landesarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (LAG VSW). Ausgehend von der Annahme, „dass Kollisionen durch eine geeignete Standortwahl vermieden werden“, finden sich darin Abstandsempfehlungen für Windräder zu Vogellebensräumen und Brutplätzen.

In Thüringen hat sich Rot-Rot-Grün das Ziel in den Koalitionsvertrag geschrieben, den Energiebedarf mittelfristig zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien zu decken und dazu die Energiegewinnung durch Windkraft auszubauen. Selbst Standorte im Thüringer Wald sollen dafür nicht Tabu sein.

Die CDU wirft nun dem Linken Steffen Harzer vor, er stelle das „Helgoländer Papier“ infrage. „Das ist eine unglaubliche Ignoranz der Konflikte zwischen immer mehr Windkraftanlagen in Thüringen und den Brutplätzen vieler Vögel, besonders des stark gefährdeten Schwarzstorches und des Rotmilans“, so die umweltpolitische CDU-Sprecherin, Christina Tasch.

Harzer sagt dagegen, das Helgoländer Papier sei rechtlich nicht bindend, man halte sich aber an geltendes Umweltrecht. „Die CDU macht uns für ihre jahrelangen Fehler verantwortlich. Zu CDU-Zeiten wurden 740 Windenergieanlagen gebaut, unter Rot-Rot-Grün bisher 50“, so der Linke.

Keine Einigung gab auch zur personellen Stärkung der Vogelschutzwarte Seebach. Beide Seiten legten eigene Anträge vor, versagten aber dem jeweils anderen die Zustimmung. Laut Tasch habe die Koalition aus einem CDU-Papier vom März abgeschrieben. „Unsinn“, widerspricht Harzer. Die Landesregierung müsse nun entscheiden, ob sie der ohne CDU beschlossenen Empfehlung der Koalitionäre im Ausschuss folgt.